

07.11.2012  
179a

PRESSEMITTEILUNGEN  
DER DEUTSCHEN  
BISCHOFSKONFERENZ



Sperrfrist: Mittwoch, 7. November 2012, 19.00 Uhr  
Es gilt das gesprochene Wort!

**Rede**  
**des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz,**  
**Erzbischof Dr. Robert Zollitsch,**  
**anlässlich des Jahresempfangs des Katholischen Büros**  
**Niedersachsen**  
**am 7. November 2012**  
**im Alten Rathaus Hannover**

*„Politik ist angewandte Liebe zur Welt“*

*Christliche Impulse für eine menschenfreundliche Gesellschaft*

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,  
verehrter Herr Landtagspräsident,  
werte Ministerinnen und Minister,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
Staatssekretärinnen und Staatssekretäre,  
liebe Mitbrüder im bischöflichen Amt,  
werte Gäste,  
meine Damen und Herren!

Für die Einladung zum Jahresempfang des Katholischen Büros Niedersachsen und die freundliche Begrüßung danke ich Ihnen herzlich. Ich bin gerne hierher in Ihre Landeshauptstadt gekommen, in eine der „lebenswürdigsten Städte Deutschlands“, wie der Philosoph Oskar Negt in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift Merian schreibt. Hannover ist ja nicht nur eine lebenswürdige, sondern auch eine liebenswürdige Stadt. Aufgrund ihrer langen Geschichte und reizvollen Landschaft zieht es jedes Jahr zahlreiche Touristen hierher. Und auch viele Gäste aus aller Welt, die sich zu Kongressen und auf Messen einfinden. Ich denke etwa an die Hannover-Messe oder die CeBIT, die dazu einladen, sich über aktuelle Entwicklungen zu informieren, miteinander ins Gespräch zu kommen und neue Handelsbeziehungen zu begründen. Und auch

Kaiserstraße 161  
53113 Bonn

*Postanschrift*  
Postfach 29 62  
53019 Bonn

Ruf: 0228-103-0  
Direkt: 0228-103 -214  
Fax: 0228-103 -254  
E-Mail: [pressestelle@dbk.de](mailto:pressestelle@dbk.de)  
Home: <http://www.dbk.de>

*Herausgeber*  
P. Dr. Hans Langendörfer SJ  
Sekretär der Deutschen  
Bischofskonferenz

Fußballbegeisterte kommen zunehmend hier auf ihre Kosten und können miterleben, wie sich Hannover 96 an die Tabellenspitze spielt.

Nachdem ich selbst zuvor über Jahre nicht mehr hier war, habe ich nun innerhalb von acht Wochen gleich zum zweiten Mal die Gelegenheit, Ihre traditionsreiche Stadt zu besuchen. Im September fand im Rahmen des von uns deutschen Bischöfen initiierten mehrjährigen Gesprächsprozesses das diesjährige Treffen hier statt. Unter dem Titel „Die Zivilisation der Liebe – Unsere Verantwortung in der freien Gesellschaft“ kamen rund 300 Gläubige aus ganz Deutschland zusammen: Ehrenamtliche und Hauptberufliche, Vertreter des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, der Verbände, Ordensleute, Mitglieder aus geistlichen Gemeinschaften und kirchlichen Bewegungen sowie Vertreter des Deutschen Caritasverbandes und der wissenschaftlichen Theologie. Gemeinsam haben wir über die Rolle, die Aufgabe und die Verantwortung der Kirche in einer modernen, pluralen und säkularen Gesellschaft beraten.

1. Wenn ich meinen heutigen Vortrag mit dem Titel überschrieben habe: *„Politik ist angewandte Liebe zur Welt“*, dann möchte ich damit an zweierlei anknüpfen: Zum einen an eben dieses Gesprächsforum und die zentrale Frage: Wie gelingt es uns, eine menschenfreundliche, friedliche und solidarische Gesellschaft zu gestalten? Eine Gesellschaft, die Freiheit nicht mit Beliebigkeit, die Toleranz nicht mit Indifferenz und Gleichgültigkeit verwechselt? Eine Gesellschaft, für die Verantwortung mehr ist als die Vorstellung, „wenn jeder an sich denkt, ist an alle gedacht“? Papst Johannes Paul II. prägte für eine solche menschenfreundliche Gesellschaft den Begriff der „Zivilisation der Liebe“.

Zum anderen möchte ich mit meinem heutigen Thema an eine beeindruckende Rede des ehemaligen Bundespräsidenten Johannes Rau anknüpfen. Er hielt sie vor fast auf den Tag genau zehn Jahren. Am 8. November 2002 sprach er anlässlich der 5. Hannah-Arendt-Tage hier in Hannover. In dieser Rede greift er ein Zitat von Hannah Arendt auf, das ihn in seiner eigenen Verantwortung als Politiker prägte und begleitete: *„Politik ist angewandte Liebe zur Welt“*. Sehr nüchtern stellt er fest: *„Das klingt zunächst wie etwas, das man in einer sogenannten Sonntagsrede sagt – mit dem, was wir jeden Tag von Politik hören oder sehen, scheint das nicht viel zu tun zu haben. Wir erleben harte Macht- und Positionskämpfe, persönliche Eitelkeit und vieles mehr, was zu dem führt, was man mit Politikverdrossenheit bezeichnet.“* Und doch, davon war Johannes Rau sein ganzes politisches Leben lang überzeugt, braucht Politik eine Zielbestimmung; etwas, das weiter reicht als von Legislaturperiode zu Legislaturperiode oder von Pressekonferenz zu Pressekonferenz. Politik steht immer in Gefahr, zu kurzatmig zu werden; wichtige, aber unliebsame Entscheidungen auf die Zeit nach der nächsten Wahl zu verschieben. Gerade mitten in einem Wahlkampf ist die Versuchung hierzu groß. Doch die überwiegende Zahl der Bürgerinnen und Bürger lässt sich durchaus mit Argumenten überzeugen; wünscht sich, dass Themen offen und Herausforderungen klar benannt werden. So lade ich Sie ein, werte Damen und Herren, uns gemeinsam der Frage zu stellen: Was kennzeichnet eine Politik, die angewandte Liebe zur Welt, angewandte Liebe zu den Menschen sein möchte? Was zeichnet diese Welt, unsere

Umwelt, unser Leben und Zusammenleben aus, dass unser aller Engagement, unsere Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, dem Wunsch entwächst, Gesellschaft zu gestalten und damit weit mehr ist, als der Antrieb zur Selbst- oder gar Machterhaltung?

2. Aus christlicher Perspektive ist unsere Welt eine schön und wohl eingerichtete. Sie ist die Schöpfung Gottes. Er hat den Kosmos nach seinem göttlichen Plan geschaffen. Nach dem biblischen Schöpfungsbericht sah Gott am Ende des sechsten Tages, als die Schöpfung vollendet war, alles an, was er gemacht hatte – und, so heißt es wörtlich: „es war *sehr* gut“ (Gen 1,31). Uns allen ist klar: Dieser Schöpfungsbericht spiegelt das naturwissenschaftliche Wissen seiner Zeit wider, d.h. des sechsten Jahrhunderts vor Christus. Mittlerweile hat die Wissenschaft Vieles erforscht und eine ganz andere Vorstellung vom Entstehen der Welt und seiner Geschöpfe hervorgebracht. Und doch bleibt der Kern der biblischen Aussage sehr aktuell und entscheidend. Sie lautet: Unsere Welt ist kein Produkt des Zufalls, sondern von Gott gewollt; der Kosmos ist Ausdruck seiner Zuwendung und Liebe. Wir vertrauen darauf, dass die Welt von Gott von vorneherein als eine lebensförderliche und gute geschaffen wurde.

3. Wenn Hannah Arendt, die auch bei uns in Freiburg Philosophie studierte, von der „Liebe zur Welt“ spricht, dann knüpft sie als Jüdin daran an und meint diese von Gott geschaffene Welt. Zugleich bedeutet „Liebe zu Welt“ gerade auch die Liebe zum Menschen. Sie plädiert für eine Politik, die sich am Menschen orientiert; die Anteil nimmt an den Sorgen und Nöten, Fragen und Anliegen, Hoffnungen und Wünschen. Eine solche Politik setzt eine hohe Sensibilität und große Empathie voraus. Es geht darum, den Anderen, sein Denken und Argumentieren verstehen zu wollen. Dabei ist Verstehen-Wollen etwas Anderes als Verständnis-Haben. Beides setzt allerdings die Kunst des aufmerksamen Hörens notwendig voraus. Nur wer dem Anderen aufmerksam zuhört, lernt ihn wirklich kennen und beginnt zu verstehen, was ihn bewegt. Der Freiburger Religionsphilosoph Bernhard Welte hat den bleibend gültigen Satz geprägt: *„Es ist eine Gnade, auf einen Menschen zu treffen, der die Kunst des guten Zuhörens wirklich vermag. Ja man kommt allmählich darauf, dass gutes Zuhörenkönnen eine größere Kunst ist als gutes Redenkönnen.“* Gerade im Zeitalter einer weit verbreiteten Talkshow-Mentalität und so mancher Schlagworte und Worthülsen, in Zeiten, in denen nicht immer die besseren Argumente, sondern allzu oft die lautere Stimme und die aufwendigeren Inszenierungen zählen, lohnt es sich besonders, Gelegenheiten des aufmerksamen Hörens, des gehört und angehört Werdens zu schaffen und zu nutzen – gerade auch im politischen Bereich. Darin liegt eine großartige Chance, mit Blick auf den einzelnen Bürger ebenso wie für die unterschiedlichen Interessenvertreter; innerhalb der eigenen Partei nicht weniger als bei politischen Konkurrenten. Gehör finden ist Ausdruck von Wertschätzung und schenkt Ansehen. Hören und Zuhören ist ein zentraler Ausgangspunkt angewandter Liebe zur Welt und zum Mitmenschen. Und im aufmerksamen Hören liegt der entscheidende Schlüssel für einen echten Dialog. Im Dialog, der um der Sache willen durchaus kontrovers sein kann und darf, aber im Umgang mit dem Anderen von Wertschätzung geprägt ist, entstehen Lösungen für die gegenwärtigen Herausforderungen. Aufeinander hören kann zusammenführen. Denn ich muss mich erst zusammensetzen, um

mich über Themen mit Anderen auseinander zu setzen. Ich bin der festen Überzeugung: Der Wettstreit unserer Parteien um bessere Ideen und wirksamere Konzepte, der sich in Zeiten des Wahlkampfes meist verstärkt, führt dann zu einem guten Ziel, wenn alle zuerst hören und es eine gemeinsame Vision für die Zukunft unserer Gesellschaft gibt, die über die Steigerung des Wohlstands hinausreicht: die Sehnsucht nach Gemeinsamkeit und Solidarität, die Sehnsucht nach Gerechtigkeit und Frieden, die Sehnsucht nach ethischen Werten, getragen von gegenseitiger Achtung und der unantastbaren Würde des Menschen.

4. Wer den Anderen achtet, lässt den Gesprächsfaden auch in schwierigen Zeiten nicht abreißen, sondern sucht den Dialog, um gemeinsam Herausforderungen anzugehen. An solchen Herausforderungen mangelt es ja nicht. Eine der vorrangigsten derzeitigen gesellschaftlichen Herausforderungen ist es etwa, gute Rahmenbedingungen für Familien zu schaffen. Aus Umfragen wissen wir, dass nach wie vor die meisten Menschen Ehe und Familie als Orte der Liebe, der menschlichen Nähe und Verlässlichkeit bejahen und suchen. Von Ehe und Familie erhoffen sie sich den wichtigsten Beitrag zum Gelingen ihres Lebens, und zwar vor beruflicher Verwirklichung, vor Einkommen und Freizeit. Trotz der Erfahrung von Scheidung und Brüchigkeit sehnen wir uns nach Treue und lebenslanger Verlässlichkeit. Ehe ist die Form, in der die weit überwiegende Mehrheit der Menschen ihre Partnerschaft leben will. Sie bleibt die Grundlage von Familie: mehr als drei Viertel (76%)<sup>1</sup> der Kinder wachsen bei ihren miteinander verheirateten leiblichen Eltern auf. Dort ist der erste und entscheidende Ort, wo die Kinder Werte und Tugenden erlernen: wie Liebe, Treue, Vertrauen, Verantwortung, Rücksicht und Solidarität, die auch für unsere Demokratie unerlässlich sind.<sup>2</sup>

Umso mehr wundert es, wenn Eltern im Verhältnis zu Kinderlosen in wirtschaftlicher Hinsicht stärker belastet werden. Sie haben zusätzliche Ausgaben für die Versorgung und Ausbildung der Kinder und oft auch ein niedrigeres Einkommen aufgrund geringerer Erwerbsbeteiligung. Dies führt zu eingeschränkten Möglichkeiten der Vermögensbildung aufgrund des deutlich niedrigeren Pro-Kopf-Einkommens und schließlich auch zu einer geringeren Alterssicherung aus der Rentenkasse. Und gerade dies ist in besonderem Maß ungerecht. Erbringen doch Familien durch ihre Sorge für die nachwachsende Generation den entscheidenden Beitrag zum Generationenvertrag, der Rentenleistungen in Zukunft erst möglich macht. Neben diesen wirtschaftlichen Aspekten beeinträchtigen auch Veränderungen in der Wahrnehmung von Kindern das Leben junger Familien. Durch die relativ geringe Zahl an Kindern in unserem Land, sind die Bedürfnisse von Kindern immer mehr Menschen fremd geworden. Wir brauchen ein offeneres Ohr für die Belange von Familien und Kindern. Es geht um das Wohl der Kinder und um die Zukunft unserer Gesellschaft.

---

<sup>1</sup> „Wie leben Kinder in Deutschland“, Statistisches Bundesamt vom 3.8.2011.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Demokratie braucht Tugenden. Gemeinsames Wort des Rates der Evangelischen Kirchen in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens: Gemeinsame Texte, hrsg. vom Kirchenamt der Evangelischen Kirchen in Deutschland, Hannover und dem Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 2006.

5. Die Umkehrung der Alterspyramide in unserem Land mit ihren Folgen für das Staatswesen – wie Rückgang der Steuereinnahmen, hohe Rentenausgaben und wachsende Krankheitskosten – führt uns drastisch vor Augen: Es ist notwendig, dass unsere Gesellschaft wieder kinder- und familienfreundlicher wird; dass wir junge Menschen fördern und dabei unterstützen, eine Familie zu gründen. Es stellt sich uns allen die Frage, ob wir uns genügend an den Bedürfnissen der Familien orientieren. Manche familienpolitische Forderung – etwa die Anregung des 8. Familienberichts<sup>3</sup>, die dreijährige Elternzeit zu verkürzen – scheint eher ein Anliegen der Arbeitgeber als der Familien selbst zu sein.

Es ist eine gute Entwicklung, wenn Eltern die Möglichkeit haben, zwischen unterschiedlichen Familienmodellen zu wählen. Dies führt dann auch zu unterschiedlichen Unterstützungsleistungen. Auf die aktuelle familienpolitische Diskussion bezogen, erscheint es durchaus plausibel, sowohl eine finanzielle Anschlussleistung an das Elterngeld als auch einen Anspruch auf Kindertagesbetreuung zu gewähren.

Wohl die größte Herausforderung im Bereich der Familienpolitik ist derzeit der vereinbarte Krippenausbau. In wenigen Jahren sollen 750.000 Krippenplätze bundesweit zur Verfügung stehen. Für Länder, Kommunen, aber auch die Träger solcher Einrichtungen, zu denen auch die katholische Kirche und ihre Caritas zählen, bedeutet dies eine große Verantwortung. Entwicklungspsychologen, Neurologen und Kinderärzte weisen uns eindringlich darauf hin, welche hohen Qualitätsanforderungen an Krippenplätze hinsichtlich Ausstattung und Personalschlüssel zu stellen sind. Um der Kinder willen dürfen wir an dieser Stelle keine Abstriche machen. Betreuung allein ist zu wenig. Kinder wollen angenommen, geliebt, wertgeschätzt und auch altersgemäß gefördert und gefordert werden. Im Zusammenhang mit der Diskussion um den Ausbau der Krippenplätze scheint mir ein Gesichtspunkt wichtig. Auf ihn weist der katholische Kindergartenverband hin, der in diesem Jahr sein 100jähriges Bestehen feiert. In seinem im Juni diesen Jahres aus Anlass seines Gründungsjubiläums veröffentlichten Kölner Memorandum heißt es nachdrücklich: Die Eltern sind als Experten der Erziehung ihrer Kinder ernst zu nehmen und in die Arbeit der Kindertagesbetreuungsstätten einzubeziehen. Dahinter steht der wichtige Gedanke, dass Kindergärten die Erziehungsleistung der Eltern nicht ersetzen können. Sie können sie nur ergänzen und wollen sie unterstützen. Deshalb ist es wichtig, unabhängig vom Krippenausbau die Eltern in ihrem Erziehungsauftrag zu stärken. Dazu gehört, wie der prominente Kinderarzt Dr. Böhm sagt, dass wir Müttern und Vätern immer neu die Bedeutung bewusst machen, „die ihre liebevolle und kontinuierliche Präsenz für die gesunde seelische Entwicklung ihrer Kinder gerade in den ersten Lebensjahren hat.“ Dazu gehört auch, dass wir Angebote zur Erziehungsberatung vorhalten und die Eltern mit ihrer Verantwortung nicht allein lassen.

6. Werte Gäste, meine Damen und Herren, in ihren Reden und Schriften stellt Hannah Arendt insbesondere die Verantwortung des Individuums für sein Handeln heraus. Jeder und jede trägt Verantwortung für sich, für sein Handeln oder auch Nicht-Handeln. Dabei dürfen wir

---

<sup>3</sup> BT-Drs. 17/9000, S. 126.

uns schon gar nicht, so die Philosophin, mit der eigenen Meinung hinter einem Kollektiv verstecken.<sup>4</sup> Verantwortung ist nach Hannah Arendt wesentlich und untrennbar mit der Liebe verbunden. Liebe zur Welt und zu den Mitmenschen heißt Verantwortung übernehmen. Sicherlich bedeutet, Verantwortung für eine Sache oder für einen Menschen zu übernehmen, Arbeit und Mühe. Es heißt, und das wissen Sie so gut wie ich, Zeit zu investieren, sich Gedanken zu machen, zu planen. Und Verantwortung, die wirklich ihren Namen verdient, hat jeweils auch das Wohl des Anderen und das gute Gelingen einer Sache im Blick. Wer Verantwortung übernimmt, hat die Möglichkeit, Ideen zu verwirklichen, kann die Richtung vorgeben, in die sich ein Projekt bewegen soll. Angesichts einer zurückgehenden Bereitschaft, in Politik und Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen, ist es ein ermutigendes Zeichen, dass Sie, die Sie heute zu diesem Jahresempfang gekommen sind, zu denen gehören, die an unterschiedlichen Stellen Verantwortung tragen und unsere Gesellschaft mitgestalten. Herzlichen Dank dafür! Dies ist keine Selbstverständlichkeit und auch keine einfache Aufgabe angesichts unterschiedlicher, zum Teil sogar konkurrierender Erwartungen an Sie, angesichts einer schnelllebigen und oft unübersichtlichen Zeit. Umso mehr braucht es ein eigenes abgewogenes Urteil. Es braucht Standfestigkeit, die sich der Realität stellt und bereit ist, Brücken zu bauen. Wir wissen alle, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politikerinnen und Politiker für die Funktionsfähigkeit der repräsentativen Demokratie elementar ist. Uns ist auch bewusst, dass es schwieriger geworden ist, Vertrauen zu gewinnen und zu bewahren. Dies fordert uns alle, ob Staatsbürger, Bischöfe, Verantwortliche in der Wirtschaft, Politiker heraus, noch verantwortungsbewusster zu handeln und zu entscheiden. Je weniger allerdings die Gesellschaft und auch die Medien selbst sich den Maßstäben stellen, an denen sie Verantwortungsträger in Gesellschaft und Politik messen, desto schwerer machen sie es uns allen und nicht zuletzt Ihnen, den politischen Repräsentanten. Wer Kritik äußert, muss immer auch bereit sein, sich selbst in den Blick zu nehmen und sich offen zu fragen, ob und in welcher Weise er selbst verantwortungsvoll entscheidet, handelt und lebt.

7. Von Verantwortung, werte Damen und Herren, spricht die Bibel bereits auf ihren ersten Seiten. Dort lesen wir: *Gott, der Herr, nahm also den Menschen und setzte ihn in den Garten von Eden, damit er ihn bebaue und hüte* (Gen 2,15). Der Mensch erhält in dem um 850 vor Christus verfassten Text den Auftrag, die Schöpfung einem königlichen Hofgärtner gleich zu bebauen und zu behüten. Nach diesem Text ist es die genuine Aufgabe von uns Menschen, mit dem uns zur Verfügung gestellten Lebensraum verantwortungsvoll umzugehen, ihn zu pflegen, zu behüten und jedes Unheil abzuwenden. Der wahre Eigentümer ist Gott selbst. Darauf wies etwa der frühere Bischof von Mainz, Wilhelm Emmanuel von Ketteler, immer wieder hin, so, wenn er sich vor gut 150 Jahren für Sozialreformen einsetzte und dabei zum Vorbild für die christliche Arbeiterbewegung wurde: Der Mensch hat kein umfassendes

---

<sup>4</sup> Vgl. Lothar Probst, Hannah Arendt und Uwe Johnson: Aus Politik und Zeitgeschichte 39 (2006) 32, geäußert im Kontext der Frage nach der deutschen Kollektivschuld an der Schoah.

Verfügungsrecht über die Welt, sondern lediglich ein Nutzungsrecht.<sup>5</sup> Es geht nicht ums Besitzen, sondern ums Beschützen.

8. Dementsprechend hat jeder Mensch die Aufgabe, verantwortungsvoll in der Welt tätig zu sein, das heißt die Umwelt zu pflegen sowie das Wohl und die Würde eines jeden Menschen zu achten und zu schützen. Dies wird konkret in der aktiven Mitwirkung in Politik, Gesellschaft und Kultur. Bereits in der Antike definiert Aristoteles den Menschen als *zoon politikon*, als politisches, d.h. in der Polis lebendes, für die Gemeinschaft tätiges und für sie verantwortliches Wesen. Um wie viel mehr gilt es für Christen, die wir aufgrund unseres Glaubens unseres Auftrags bewusst sind, uns für die Gesellschaft, für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung einzusetzen. Wir sind nicht Zaungäste der Gesellschaft, sondern Gestalter einer Zivilisation der Liebe. Dies ermutigt alle, insbesondere junge Menschen, sich politisch zu engagieren, und sich mit den eigenen Ideen und mit Kreativität einzubringen. Christ sein bedeutet, Verantwortung zu übernehmen und aktiv unsere Gesellschaft mitzugestalten. Wenn Christen sich einbringen, hat dies zunächst nichts mit parteipolitischer Orientierung zu tun, ganz im Gegenteil. Man kann aus der christlichen Orientierung heraus legitim zu recht unterschiedlichen inhaltlichen Akzentsetzungen kommen. Es gehört unumgänglich zu unserem Auftrag als Christen in dieser Welt zu wirken und sie zu gestalten. Doch dabei sind wir nicht einfach an die „Spielregeln“ dieser Welt gebunden, sondern einem Höheren, Gott, verpflichtet. Darum hat Papst Benedikt im vergangenen Jahr in seiner Rede im Konzerthaus in Freiburg zu Recht von „Entweltlichung“ der Kirche gesprochen. Christen handeln politisch und gesellschaftlich nicht um ihrer selbst willen oder nur von sogenannten Sachzwängen geleitet. Wer immer sich politisch engagiert und auch über die nötigen Fähigkeiten dazu verfügt, braucht zugleich so etwas wie ein Sinngefüge, das weit über die konkreten praktischen Aufgaben hinausgeht. Das folgt aus unserer Verantwortung für das Ganze und damit aus dem christlichen Bild vom Menschen.

9. Werte Gäste, meine Damen und Herren! Vielleicht fragt der Eine oder Andere: Wo wird bei jungen Menschen heute ein solches ethisches Navigationssystem grundgelegt? Wo werden Werte wie Solidarität, Hören aufeinander, gegenseitige Rücksichtnahme, ja Nächstenliebe und Versöhnung eingeübt? Immer stärker entdecken wir, dass Bildung weit mehr ist als die Vermittlung von Wissen; mehr ist als Ausbildung zu einem bestimmten Beruf. Wir sprechen heute von sogenannten soft-skills. Wir spüren, dass ethische und soziale Ausbildungsinhalte notwendig sind, um erlerntes Wissen auch einordnen und bewerten zu können. Es geht eben auch um das Erwerben von Kompetenzen wie die des rechten Unterscheidens und des Umgangs mit Angestellten, Kollegen und Führungskräften. Es geht um Sozialkompetenz und vor allem darum, bei allen einstudierten Handlungsabläufen den Anderen als Menschen wahrzunehmen – das gilt nicht zuletzt auch für den Umgang im Miteinander im politischen Alltagsgeschäft. Wenn das ethische Fundament fehlt, dann droht der Mitmensch zum Objekt

---

<sup>5</sup> Vgl. Arndt Küppers, Für Freiheit und Gerechtigkeit. Zum 200. Geburtstag des Arbeiterbischofs Wilhelm Emmanuel von Ketteler: Kirche und Gesellschaft 384 (2011).

degradiert zu werden; dann droht die frische Brise der Freiheit in den Wirbelsturm der Beliebigkeit umzuschlagen, der den Blick für die Sorgen und Nöte des Anderen verstellt.

10. So wundert es nicht, dass Bundespräsident Johannes Rau in seinem Vortrag hier in Hannover in besonderer Weise den Schutz der Würde und Freiheit des Menschen hervorhob. Der Mensch braucht Freiheit, um sich entfalten zu können. Doch dies kann niemals eine absolute, willkürliche Freiheit sein, die es jedem erlaubt, alles tun und lassen zu können, was ihm in den Sinn kommt. Leider missverstehen tatsächlich manche unserer Zeitgenossen Freiheit in dieser Weise. Es muss uns erschrecken, wenn Menschen andere brutal angreifen und zusammenschlagen und anschließend zu Protokoll geben, sie hätten „einfach Lust auf Gewalt gehabt“<sup>6</sup>. Freiheit heißt nicht zuerst Freiheit von, sondern Freiheit für. Der frühere Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof macht dies anschaulich, wenn er sagt: „Wir definieren häufig die Freiheit als jeden Tag neue beliebige Entscheidung. Das ist ein Trugschluss. Die Berufsfreiheit lädt zum Arbeitsvertrag ein, die Ehefreiheit zur Bindung, die Religionsfreiheit zur Zugehörigkeit, die Wissenschaftsfreiheit zur beharrlich vertretenen Erkenntnis.“

Nur dann ist meine Freiheit von Bedeutung für die Gesellschaft; nur dann stellt sie einen Wert für das Gemeinwohl dar, wenn ich sie dazu einsetze, mich dem Höheren, dem Guten zuzuwenden, wenn ich mich letztlich binde. Und von dieser Bereitschaft zur Bindung, die frei macht, weil sie Halt und Sicherheit bietet, leben nicht nur Ehe und Familie, sondern auch Vereine, Parteien und die Kirche. In einer Zeit, in der Viele eher Angst davor haben, sich zu früh oder zu schnell festzulegen; in einer Zeit, in der so manche meinen, eine größere Erfüllung zu finden, wenn sie sich so lange wie möglich alle Optionen offen halten, kann es nicht klar und deutlich genug gesagt werden: Wenn ich mich in Freiheit binde, mich für ein Handeln aus Liebe entscheide, dann bedeutet dies zwar in der Tat Verzicht auf eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die ich auch noch hätte. Aber nur auf diese Weise wird die Chance, die mir die Freiheit bietet, wirklich genutzt. Nur so kommt die Freiheit zu ihrem inneren Ziel und zur vollen Entfaltung.

11. Sehr geehrte Damen und Herren, werte Anwesende, es lohnt sich, gerade auch mitten in den Anforderungen des Alltags und der Hektik unseres Lebens und Zusammenlebens, uns immer wieder bewusst zu machen: Die Werte, die unser Zusammenleben in Europa prägen, sind die Früchte eines langen Ringens und Kämpfens. Es sind die Früchte einer einmaligen Freiheitsgeschichte, für die wir dankbar sein dürfen und die es zu schätzen und zu schützen gilt. Ihre tiefsten Wurzeln liegen in der biblischen Sicht des Menschen. Wer sich auf das Gedankenexperiment einlässt, sämtliche christlichen Spuren aus unserer Kultur zu tilgen, der wird sich schnell vor einem toten Gerippe oder einem seelenlosen Gehäuse wiederfinden.

Das zeigt in besonderer Weise der Blick auf den hohen und zugleich auch fordernden Wert der christlichen Nächstenliebe. Sie reicht so weit, dass sie auch den Fremden einschließt und

---

<sup>6</sup> DIE WELT vom 28.09.2010: „Extremisten haben vor allem Lust auf Gewalt“



sich besonders des Ärmsten annimmt. Das ist weit mehr als das, was wir heute so gern Solidarität nennen. Es ist das Einstehen für den Mitmenschen – unabhängig von Nation, Religion, Einkommen oder Sympathie. Es kommt nicht von ungefähr und es hat unsere Mentalität tief geprägt, wenn wir von klein auf mit Menschen vertraut gemacht werden wie Sankt Martin, der den Mantel mit dem Bettler teilt; oder dem heiligen Bischof Nikolaus, der den Armen bringt, was sie brauchen. Diese Botschaft der Nächstenliebe geht weder von einem verkaufsoffenen Sonntag noch vom Spektakel des Halloween aus. Dass uns der Nächste und damit auch der Fremde, der Arme, der Hungernde etwas angehen, das gehört zum Kern des Christentums und somit zur Seele Europas und unserer Gesellschaft. Das ist eine Gesellschaft, für die auch in Zukunft sich einzusetzen lohnt, weil sie vom Nebeneinander zum Miteinander, ja, mehr noch, zum Füreinander führt. Weil sie nicht von der Frage geleitet ist „Was bringt es mir?“, sondern von der Haltung „Was kann ich dir tun?“

12. Wenn Johannes Rau, verehrte Damen und Herren, in seiner Rede von 2002 darauf verweist, dass in der Welt „zu viel Leid und Elend, zu viel Ungerechtigkeit und Not, Hunger und Krankheit, Krieg, Folter und Ausbeutung“ vorherrscht und uns die Liebe zur Welt ständig dazu aufruft, die Welt „anders, besser, menschlicher zu gestalten, als sie ist“<sup>7</sup>, dann geht es genau um diese Haltung, die aus dem christlichen Glauben erwächst. Wir stehen heute vor Aufgaben, die mit Routinepolitik nicht zu bewältigen sind. Erschüttert ist die Vision, alle Individualinteressen fügten sich harmonisch zum Gemeinwohl, wenn man sie ausschließlich den bekannten Marktmechanismen oder der Hand des Staates überlasse. Wir alle wissen: Demokratische Institutionen können auf Dauer ihre Funktion nur erfüllen, wenn die politisch Handelnden Grundhaltungen erkennen lassen, die über die Strategieregeln des Erwerbs und Erhalts von Macht und Einfluss hinausgehen und wenn jeder einzelne Bürger seine Verantwortung für sich und die Mitmenschen wahrnimmt. Wir als Kirche – und dafür steht an der Schnittstelle zur Politik in besonderer Weise das katholische Büro – wollen uns diesem Diskurs stellen, weil wir glauben, dass gerade von uns erwartet wird: nicht Politik zu machen, sondern für eine Werteorientierung in der Politik einzutreten, in deren Zentrum die Würde jedes Menschen, die Achtung der Menschenrechte, die Ausrichtung am Gemeinwohl und die Verantwortung für die Schöpfung stehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, der christliche Glaube bereichert unser Leben mit Werten, die den notwendigen Veränderungen und dem Wandel in Gesellschaft und Kirche nicht entgegenstehen. Unsere Gesellschaft lebt davon, dass wir Mitverantwortung übernehmen, für den Aufbau einer lebenswerten und menschenfreundlichen Zukunft. Das wird umso mehr gelingen, je mehr wir unsere Verantwortung als angewandte Liebe zur Welt verstehen. Ich lade Sie deshalb ein, unser Reden und Tun, unsere Beratungen und Entscheidungen immer wieder daran zu prüfen, ob man sie zu Recht als angewandte Liebe zur Welt, zur Umwelt und

---

<sup>7</sup> Zitate aus: Rede von Bundespräsident Johannes Rau anlässlich der 5. Hannah-Arendt-Tage 2002, gehalten am 8. November 2002, aus: [www.bundespraesident.de](http://www.bundespraesident.de), hrsg. vom Bundespräsidialamt 2012.

07.11.2012  
179a

- 10 -

PRESSEMITTEILUNGEN  
DER DEUTSCHEN  
BISCHOFSKONFERENZ

unseren Mitmenschen bezeichnen kann. Das wünsche ich mir und Ihnen. Auch und gerade mit Blick auf die anstehenden Aufgaben in unserem Land, in Europa und der Welt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die persönliche Begegnung mit Ihnen!